

jene Tendenzen innerhalb der Kirche stärken möchten, die für eine „reale Beurteilung des Selbstverwaltungssozialismus eintreten und einen neuen Platz für die Kirche in der Gesellschaft suchen“, wie Z. Frid, Berater des kroatischen ZK des Bundes der Kommunisten in Kirchenfragen feststellte (vgl. Odgoj, škola - religija, crkva, Zagreb 1969). So ist auch nicht auszuschließen, daß gewisse vorerst wohl noch mehr unter den Führungsspitzen von Partei und Regierung vorhandene Tendenzen auf eine Überwindung der bisherigen unfruchtbaren Frontstellung von behauptetem oder wirklichem Klerikalismus und Staat hinstreben und sie durch ein gewisses wenn auch klar abgegrenztes Miteinander in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen ersetzen möchten.

### *Reibungspunkte, die bleiben*

Trotz dieser zunehmenden Liberalisierung bleibt auf seiten der Kirche ein ganzer *Katalog von Wünschen* offen, an denen sich entscheiden wird, wieviel Jugoslawien am Frieden nicht nur mit dem Vatikan, sondern auch mit der Kirche gelegen ist. Dazu zählen u. a. die Aufhebung der Beschränkung des Religionsunterrichts (bisher nur in Kirchen und Sakristeien möglich), die kirchliche Forderung nach Anerkennung kirchlicher Feiertage, die Beseitigung der gesellschaftlich-politischen Diskriminierung aktiver Katholiken, denen ein Aufstieg in führende Positionen nach wie vor verwehrt ist, ungehinderte Kranken- und Gefangenen-seelsorge, die Opposition der Kirche gegenüber dem staatlichen Abtreibungsgesetz, die Zuteilung von Radio- und Fernsehendezeiten an die Kirche. Auf einigen Gebieten wird sich Belgrad zu Zugeständnissen bereit finden. So willigte es jetzt ein, die Theologiestudenten erst nach Abschluß ihres Studiums zum Militärdienst einzuziehen. Auch hat Radio Zagreb zum erstenmal nach dem Krieg am 21. Juni 1970 ein Interview mit dem Dekan der Theologischen Fakultät, dem Franziskanerpater T. Sagi-Bunić, über kirchliche Probleme und Strömungen ausgestrahlt. Andererseits wurde jedoch — im Widerspruch zur bisherigen Linie gegenüber der Kirche — am 19. Februar 1970 eine Nummer von „Glas Koncila“, die den Artikel des „Osservatore Romano“ vom 11. Februar

anlässlich des zehnten Todestages von Kardinal Stepinac unverändert nachgedruckt hatte, beschlagnahmt. Aufs Ganze gesehen, scheinen sich in der Einstellung gegenüber Religion und Kirche zwei Standpunkte gegenüberzustehen, ein kämpferisch atheistischer, der von einer Minderheit, und ein humanistischer, der von einer Mehrheit vertreten wird, die im Marxismus „keine Staatsideologie“ mehr sieht, die man „vor dem Christentum... beschützen muß“ (Odgoj, škola - religija, crkva, Zagreb 1969, S. 12). Der Stein des Anstoßes scheint in der Frage zu liegen, was schon als politische Tätigkeit der Kirche zu gelten hat und was noch rein religiösen Zielen dient. Da die Regierung die kirchliche Jugend- und Sozialarbeit (vor allem Erwachsenenbildung, Freizeittourismus, Sportveranstaltungen) oft als Übergriffe in den politischen Bereich ansieht, religiöse und Gesamterziehung, von der Kirche her gesehen, aber oft nicht zu trennen sind, wird es Konflikte auch in Zukunft geben. Der Spielraum der Kirche auf dem Erziehungs- und Informationssektor dürfte auch weiterhin begrenzt bleiben.

Ob und wie sich die Aussöhnung mit dem Vatikan auf die *zwischenkirchlichen Verhältnisse* auswirken, läßt sich schwer beurteilen. Wenn auch die Annäherung zwischen der serbisch-orthodoxen und der katholischen Kirche durch Dialog und praktische Zusammenarbeit im Prinzip begrüßt wird, da sie der Aussöhnung der beiden großen Religionsgemeinschaften des Landes und damit auch der innenpolitischen Entspannung dient, so wird sie dennoch mit wachsender Distanz beobachtet, da dadurch auch der allgemeine religiöse Einfluß in der Gesamtgesellschaft naturgemäß gestärkt wird. In den vergangenen Jahren vorhandenen Bestrebungen, vor allem auf dem Gebiet des Infor-

mations- und Nachrichtenaustausches zwischen den beiden Kirchen zusammenzuarbeiten, war nur ein kurzer Erfolg beschieden. Das Organ des orthodoxen Patriarchats, „Pravoslavlje“, stellte von sich aus den Nachrichtenversand an „Glas Koncila“ nach kurzer Zeit wieder ein. Den Hauptgrund für diesen Abbruch sah man darin, daß im Februar 1969 zwei Bischöfe der 1967 von der serbischen Orthodoxie abgespaltenen mazedonischen Kirche vom Papst und Kardinal F. Šeper anlässlich des 1100. Todestages des heiligen Cyrill in Rom empfangen wurden.

### *Kein Modell für Osteuropa*

Kann das jugoslawische Beispiel auch als Modell für eine Normalisierung der Beziehungen *anderer kommunistischer Länder* mit dem Vatikan angesehen werden? Sicher liegt dem Vatikan daran, mit allen kommunistisch regierten Ländern einen wenn auch nur relativen Freiheitsraum zu erhandeln. Doch ist das jugoslawische Beispiel auf die übrigen Länder insofern nicht übertragbar, als diese viel stärker von Moskau abhängen und in ihrer eigenen Religionspolitik weiterhin viel kämpferischer antireligiös orientiert sind als das doppelsinnig „revisionistische“ Jugoslawien. Höchstens in Polen wäre aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Vorrangstellung der Kirche langfristig eine vergleichbare Lösung denkbar. Freilich wird eine solche „Normalisierung“ zwischen dem Vatikan und Polen ohne die Einsetzung einer permanenten nationalen Kirchenverwaltung in den polnischen West- und Nordgebieten kaum möglich sein. Hauptsächlich daran scheiterte wohl auch der für den 3. Mai 1970, dem höchsten religiösen Feiertag des Landes, geplante Papstbesuch in Polen.

## *Ökumenische Entwicklungskonferenz in Tokio*

In der Herz-Jesu-Universität zu Tokio tagte vom 14. bis 22. Juli 1970 eine „Gipfelkonferenz“ besonderer Art. Es sagt zu wenig, daß sie gemeinsam von der Ostasiatischen Christenkonferenz (EACC) und von SODEPAX, dem gemeinsamen Ausschuß für Entwicklungsfragen der Kommission „Justitia et Pax“ und der Kommission „Kirche und Gesell-

schaft“ des Ökumenischen Rates, veranstaltet und daß sie von ca. 200 Delegierten aus dem asiatischen Raum, darunter auch Beobachtern anderer Religionen, beschickt wurde. Man muß zurückgreifen auf ihre beiden geschichtlichen Werdegänge. Was im Februar 1968 bei *Bangkok* von der vierten „Ostasiatischen Christlichen Konferenz“ gemeinsam mit

katholischen Beobachtern an praktischen Gedanken für die „christliche Präsenz“ in den verschiedenen sich entwickelnden Ländern Asiens erdacht (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 169—172) und was zwei Monate später in *Beirut* von SODEPAX für die globale Verantwortung der Kirchen projektiert worden war (vgl. Herder-Korrespondenz ebd., S. 267 und 278 f.), das wurde nun im ostasiatischen Bereich konkreter durchdacht. Aber diese Konferenz von Tokio war auch insofern ein Gipfel, als im Laufe des Jahres die „Ökumenische Konferenz für Asien“, wie man sie nennt, zunächst auf nationaler Grundlage in Indien, in Ceylon, auf den Philippinen, in Australien und in Japan selbst die einschlägigen Fragen studiert hatte, die nun in Tokio abermals durchgeklärt wurden. Für Indien liegt der gedruckte Konferenzbericht der „All-indischen Konsultation über Entwicklung“ vor. Sie hatte vom 23. bis 27. Februar 1970 in Neu-Delhi nach Eröffnung durch Präsident Giri unter dem Mitvorsitz des römisch-katholischen Erzbischofs von Delhi, A. Fernandes, beraten, der auch in Tokio das Wort führte.

### Ein Lernprozeß

Es läßt sich bei Prüfung der Berichte aus Neu-Delhi und Tokio erkennen, daß die dort versammelten kirchlichen Experten seit Bangkok und Beirut einen sich gleichsam verdichtenden Lernprozeß durchmachten. Man darf nicht nur nach den sog. „greifbaren“ Ergebnissen, der Zahl der Pilot-Projekte, der Höhe der Mittel und den Prozentzahlen der für Entwicklungshilfe bereitgestellten Budgetbeträge fragen. Da würde man, wie der indische Bericht es tut, feststellen können, daß die Masse der Christen in Asien noch nicht begriffen hat, um was es geht. Die Führung aber hat begriffen, und sie konkretisiert die den Kirchen zumutbaren Aufgaben. Sie präziserte auch gewisse Leitlinien, die für die konkrete Arbeit wichtig sind: Überprüfung des bürgerlichen Eigentumsbegriffes, Vorrang der Industrialisierung und Urbanisierung, weil die sog. „grüne Revolution“ mit ihren zweifellosen Erfolgen auf dem Ernährungssektor die Probleme allein nicht lösen kann. Vor allem Vorrang der Ausbildung von geschulten Laien an Fach- und Hochschulen zur Übernahme von Entwicklungsvorhaben,

schließlich moralischer Druck auch auf die Regierungen, eine Forderung, die bei dem Charakter der christlichen Gemeinschaften als verschwindender Minderheiten weniger überheblich klingt, wenn ein Bericht der Konferenz von Tokio eigens hervorhebt, daß die Vertreter der ostasiatischen Religionen die Christen aufgefordert haben, die Initiative zu ergreifen (NC-News Serv. 3. 8. 70). Diese Nuance zeigt, was die Konferenz von Tokio nach den jahrelangen Vorbereitungen, zu denen auch der Dialog mit den anderen Religionen gehörte, erreicht hat; und zwar dadurch, daß die Kirchen und christlichen Gemeinschaften langsam als eine korporative Gemeinschaft des Dienstes und nicht mehr als konkurrierende Missionsgebilde auftreten, und zwar des Dienstes vorwiegend an den Armen ohne Zahl.

Die Entwicklungskonferenz in Tokio wurde von drei Vorsitzenden geleitet, dem Erzbischof A. Fernandes (Delhi), dem protestantischen Laien Dr. T. B. Simatupang (Indonesien), einem Typ jener bewußt herangezogenen Laieneliten, und dem Japaner K. Asakai, ehemals Botschafter bei den USA und Delegationsführer bei der UNCTAD-Konferenz 1964 in Genf, Mitglied der Unierten protestantischen Kirche Japans. Die Konferenz wurde durch den Vertreter des Papstes, Erzbischof Pignedoli, Sekretär der Kongregation für die Glaubensverbreitung, begrüßt. In seiner etwas überschätzten Ansprache legte er den Akzent seiner drei „Akte des Glaubens“ fast zu sehr darauf, daß Entwicklungshilfe den ganzen Menschen, den gläubigen Menschen und die Bewährung des christlichen Menschen in der andersgläubigen Umwelt fördern sollte.

### Zielsetzung in Tokio

Das Tagungsprogramm war sachbedingter: Klärung der Aufgabe der Kirchen in Ostasien durch ihre Zusammenarbeit auf nationaler und regionaler Ebene; Förderung der Christen in verantwortlichen Stellungen, diesem Auftrag in klarem Verständnis der theologischen Dimension der Entwicklung zu dienen; Förderung des Dialogs; zweckvolles gemeinsames Handeln, statt sich weiterhin mit theoretischen Studien zu begnügen; schließlich mehr Verständnis für die asiatischen Verhältnisse und ihre nichtchristlichen Traditionen, die

jetzt einen „Modernisierungsprozeß“ durchmachen („Fides“, 18. 7. 70). Dieser Prozeß wurde dann weitgehend dahin verstanden, daß es Sache der Christen sei, Entwicklungshilfe zum Instrument der Befreiung des einzelnen aus den traditionellen Bindungen zu machen („La Croix“ 7. 8. 70), ein Ziel, in dem sich sowohl M. M. Thomas von „Kirche und Gesellschaft“ wie P. Schütte SVD, stellvertretender Sekretär der Kommission „Justitia et Pax“, grundsätzlich einig waren, das aber dem Hauptanliegen der Entwicklungsländer, ihre nationale Eigenart zu entfalten, nicht ganz gerecht wird.

Die Referate in Tokio behandelten 1. die Ziele der Entwicklung im asiatischen Raum (Referenten S. Okita, Präsident des Japanischen Wirtschaftsforschungsinstituts und Mitglied der Pearson-Kommission, und K. Ch. Han, Wirtschaftsprofessor in Seoul, 2. den Entwicklungsprozeß in der asiatischen Gesellschaft (Referenten J. Montemayor, Rechtsanwalt und Konsultor des Laienrates auf den Philippinen; Soedjatmoko, indonesischer Botschafter bei den USA), 3. die Wirtschaftliche Entwicklungsstrategie (Referenten E. da Costa, Wirtschaftsredakteur, und G. A. Marzouk, Leiter des Regionalzentrums für Wirtschaftsplanung), 4. den Christlichen Einsatz für Entwicklung (Referenten G. Arbuckle SM vom Priesterseminar auf Neuseeland und C. S. Song, Leiter des Tainan Theological College auf Formosa). Man sieht die weitgestreute Mischung der Thematik und der Experten.

### Ergebnisse

Hauptergebnis dieser „Gipfelkonferenz“ war, daß man eine Woche lang zusammen nachgedacht hatte, Christen aller Konfessionen, nichtchristliche Fachleute, Buddhisten, Hindus. Glaubensfragen standen nicht im Wege, es sei denn das unbereinigte Problem des Einzelnen in der asiatischen Gesellschaft. Man überdeckte es mit der Hauptforderung, daß die Schulen der verschiedenen Denominationen eine Laienelite heranbilden und daß sie ihre Schulung auf die Lösung der kritischsten Frage Asiens konzentrieren möchten: mit der *Urbanisierung* fertig zu werden. Damit war Priorität Nr. 1 genannt (NC News Service, 3. 8. 70). Als nächstes folgt die *Landreform*. Dafür sollen die Christen gemeinsame „Räte für

soziale Gerechtigkeit“ bilden und auf die Industrieländer einwirken, sie sollten wenigstens 1 v. H. ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe abzugeben und Australien wie Neuseeland bewegen, die Schranken gegen Einwanderer zu lockern. An diesem Punkt erkennt man deutlich, daß unrealistische Forderungen einen moraltheologischen Riß in der Frage der Landreform überdecken. Es war daher nicht ganz glaubwürdig, wenn Erzbischof *Fernandez* nachträglich erklärte: „Wir haben es bis

zu einem gewissen Maß fertiggebracht, die praktischen und realistischen Ansichten der Experten mit dem humanistischen Anliegen der christlichen Visionäre unter uns zu vereinigen.“ Es wird also hauptsächlich zunächst dabei bleiben, daß selbst für eine wirksame Landreform erst die Fachleute, Laien wie Geistliche, herangebildet werden und vor allem die Neigung zur Korruption bekämpft wird. Dann sollen in vorwiegend von Christen beeinflussten Gebieten landwirtschaftliche

Kooperativen, Kreditkassen usw. folgen. Auf dem Sektor vorbildlicher Urbanisierung aber sollten die Kirchen gemeinsame Pilotprojekte unternehmen, an denen gezeigt werden kann, daß der Mensch als Mensch in der Masse überlebt, wenn er in richtiger Weise geführt wird. Alle anderen Punkte finden sich bereits in dem Programm der erfahrensten Organisation am Ort, des Ostasiatischen Christenrates, wie es vor zwei Jahren in Bangkok erarbeitet wurde.

## Vorgänge und Entwicklungen

### *Das lutherische Ergebnis von Evian*

Für eine Kirche, zumal für einen Kirchenbund, dem die letzte theologische und sakramentale Einheit fehlt, ist es schwer, über den eigenen Schatten zu springen. Auf der fünften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Evian (14.—24. 7. 1970) kam es nicht zu der von *P. Empie* angedeuteten Alternative einer Selbstauflösung (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 263), weil er die Risiken der ursprünglich für Pôrto Alegre vorgesehenen Tagung nicht frontal angegangen ist. Der Umweg über Evian war kein Abweg, er war ein von der Herausforderung der Welt gebotener Anfang und Aufbruch über die bisher starr eingehaltenen Grenzen der *Zwei-Reiche-Lehre* hinaus. Soziologisch gesehen, hat der LWB dank der vorzüglichen Vorarbeiten seiner Genfer Zentrale das Erbe einer im Grunde bürgerlichen, dem Staat gegenüber konformistischen Konfession, d. h. den (angeblich) lutherischen Heilsindividualismus, im Prinzip überwunden. Die Scheu vor einer theologischen Beachtung des „Gesetzes“, das mehr ist als „Zuchtmeister auf Christus“, sondern auch im Sinne der alttestamentlichen Prophetie Hinweis auf die geordnete Schöpfung, ist dem anderen ökumenischen Kirchen eigenen *Willen zur Erforschung der Ursachen der Unordnung in der Welt* gewichen. Diese Unordnung wurde von mehreren Rednern als geradezu apokalyptisch aufgefaßt. Auf diesem Hintergrund fand sich schließlich eine knappe Mehrheit der Delegierten bereit, die Weichen neu zu stellen. Die gewichtige Minderheit wird den vorgeschlagenen neuen Weg einer aktiven Sorge um die Menschenrechte nicht gerne mitgehen, zumal da die Vollversammlung keine bindenden Beschlüsse für die Mitgliedskirchen fassen kann. Es wird sicher auch keine sechste Vollversammlung dieser Art mehr geben, die künftige Wandlung dürfte sich in kleineren Arbeitstagungen von Sachverständigen vollziehen. Das Urteil der lutherischen Jugenddelegierten zu den Resolutionen: „Endstation Papierkorb!“, drastisch vorgeführt, indem die fleißig getippten Konferenzpapiere in einigen Papierkörben vor dem Tisch des geduldigen Präsidiums in der Schlußsitzung deponiert wurden, mag gelten, soweit die Resolutionen Papier bleiben. Es trifft nicht die neuen Impulse. Sicher kommt es 1971 zur Bildung eines eigenen Bundes der lutherischen Kirchen in Lateinamerika,

die ihre konservative Haltung zur „Obrigkeit“ bewahren wollen. Auch wird das Lateinamerika-Sekretariat von Genf in eine südamerikanische Hauptstadt übersiedeln. Das kann zur *Spaltung* führen. Auch kommt es vermutlich 1971 auf der Generalversammlung der Missourisynode in den USA (2,8 Millionen Mitglieder), die eine Zeitlang erwog, trotz konfessionell-orthodoxer Bedenken dem LWB beizutreten, nach Evian sicher zu der von ihrem Präsidenten Preus betriebenen Einrichtung eines Lehrzuchtgerichtes gegen Häretiker, die ein fundamentalistisches Verständnis der Bibel ablehnen und Abendmahlsgemeinschaft mit Unierten oder gar Reformierten halten (vgl. „Newsweek“, 3. 8. 70). Andererseits haben die z. T. gelungenen Versuche, durch *Vereinigung des Lutherischen mit dem Reformierten Weltbund* zu einem „Protestantischen Weltbund“ zu kommen, neuen Auftrieb erfahren. Ein neuer Anfang scheint jedenfalls in Sicht.

### *Die Weichen wurden neu gestellt*

Die Gründung eines Lutherischen Weltbundes im Jahre 1947 aus dem früheren Lutherischen Weltkonvent war wesentlich pragmatisch bestimmt und von der Initiative des in sich gespaltenen amerikanischen Luthertums getragen, das während des Zweiten Weltkrieges die Fürsorge für die lutherischen Missionskirchen in Übersee an sich gezogen hatte und nun den europäischen Kirchen Hilfe leisten wollte. Die theologische Präambel mit ihrer Fixierung auf die *Confessio Augustana invariata* war mehr eine Gewissensentlastung für diejenigen lutherischen Kirchen, die an der strengen Tradition festzuhalten gedachten. Vor allem wollten alle zusammen sich nicht von dem ökumenischen Aktivismus der Reformierten, Unierten und der Anglikaner überrollen lassen, der auf eine „organische“ Einheit der Kirche im Weltrat der Kirchen zu steuerte. Das Mittel der Selbstbehauptung war Artikel VII der *Confessio Augustana*, wonach zur Einheit der Kirche keine „von Menschen gemachten“ Ordnungen nötig sind, es genügt die Verkündigung des reinen Evangeliums — der Rechtfertigungslehre — und die ihm gemäße Verwaltung von Taufe und Abendmahl. Es kennzeichnet die Struktur des LWB, daß er erst 1952 eine